

abo+ VERNEHMLASSUNG

Fachgremien lassen kein gutes Haar an der Basler Solaroffensive

Die Bemühungen des Regierungsrats, Photovoltaik auf Gebäuden zu forcieren, stossen bei Architekten und Denkmalschützern auf wenig Gegenliebe.

Patrick Marcolli

15.07.2024, 17.15 Uhr

abo+ Exklusiv für Abonnenten



Solaranlagen - wie hier an der Türkheimerstrasse - sollen in Basel, unabhängig von der Bauzone des Gebäudes zur Pflicht werden. Das gefällt nicht allen.

Bild: Kenneth Nars

Gegen mehr Solarstrom ist im Grundsatz niemand. Doch im Detail gehen die Meinungen weit auseinander. Dies zeigt sich auch in der Vernehmlassung zur Solaroffensive, welche die Basler Regierung Ende April in die Vernehmlassung geschickt hat.

Während die Antwort verschiedener anderer Parteien noch aussteht, hat sich die SP vor kurzem positiv dazu geäussert. Dieser Zeitung liegen nun aber zwei Vernehmlassungs-Antworten vor, welche grundsätzliche Kritik üben.

«Unausgewogenes Stadtbild»

Der Bund Schweizer Architekten (BSA) Sektion Basel, lässt kein gutes Haar an der Vorlage. Das Regelwerk beruhe "auf einer rein technischen Sichtweise, die wenig bis keinen Bezug zur gebauten Stadt schafft", hält der

BSA fest. Bei einer konsequenten Anwendung des verpflichtenden Einsatzes von Solaranlagen, wie die Regierung ihn den Hauseigentümern vorschreiben möchte, «droht ein unausgewogenes Stadtbild». Dieses würde nichts mehr gemein haben mit der reichen kulturellen Geschichte Basels.

Es sei aus baukultureller Sicht unverantwortlich, wenn keine gestalterischen Implikationen berücksichtigt würden. Weiter heisst es im BSA-Papier: «Angesichts der Tatsache, dass selbst kleine Veränderungen an Bestandsbauten genehmigungspflichtig sind, erscheint es inkonsequent und nicht nachvollziehbar, dass die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen genehmigungsfrei sein soll.»

Moratorium gefordert

In dieselbe Kerbe schlägt der Basler Ableger der Gesellschaft «Domus Antiqua Helvetica», einer Vereinigung der Eigentümer von historischen Wohnbauten. Sie stört sich daran, dass die Verantwortung vom Parlament und der Stimmbevölkerung auf eine Behörde (Amt für Umwelt und Energie, Stadtbildkommission) übergeht. Das wegen der Aufhebung der gesetzlichen Bewilligungspflicht solcher Anlagen und der stattdessen vorgesehenen Ausführungsvorschrift.

Dies sei eine «präzedenzlose Aufweichung bewährter Schutzmechanismen an unseren Baudenkmälern und schützenswerten Ortsbildern», schreibt die Gesellschaft – und fordert ein Moratorium der Photovoltaik-Pflicht an schützenswerten Bauten bis mindestens 2030.

Mehr zum Thema

ERNEUERBARE ENERGIEN

Basler Solaroffensive: Künftig ist Photovoltaik auch auf bestehenden Gebäuden Pflicht

[Gelesen](#)



abo+ SOLAROFFENSIVE

Ein Solardach auf einem geschützten Basler Gebäude – geht das?

[Gelesen](#)



Für Sie empfohlen

[Weitere Artikel >](#)



KNATSCH

**Die Rodersdorfer SP ist
«befremdet und beschämt»,
wie der Gemeindepräsident
die Versammlungen leitet**



ATTENTAT AUF
TRUMP

**Trump spricht
über Attentat
++ Attentäter
war ein 20-
jähriger
Republikaner**

Live



TRUMP-ATTENTAT

**Wie dieses
historische
Foto
entstanden
ist**



abo+ ANTHROPOSOPHIE

**Heileurhythmie in der
Stadtvilla: Neues
anthroposophisches
Zentrum im Gellert-
Quartier**



UNIVERSITÄTSSPITAL

**Das Geschäft
mit
Privatpatienten:
Basler Arzt will
eine Million -
und erhält
640'000
Franken**

